Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V., Vechta

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

I. Grundlagen des Verbands

Der Landes-Caritasverband für Oldenburg e. V. ist die vom Bischöflichen Offizial in Vechta anerkannte institutionelle Zusammenfassung und Vertretung der katholischen Caritas im oldenburgischen Teil der Diözese Münster. Er ist ein Verband der Freien Wohlfahrtspflege und eine Gliederung des Deutschen Caritasverbandes. Er nimmt als solcher spitzenverbandliche Aufgaben der Caritas im Bereich des Offizialatsbezirks Oldenburg wahr. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind u.a. das anwaltschaftliche Eintreten für Benachteiligte, die Mitgestaltung von Sozial- und Gesellschaftspolitik, die Entwicklung von Hilfsangeboten, die Interessenvertretung und Beratung der Verbandsmitglieder, die Fortentwicklung sozialer und caritativer Facharbeit, die Fort- und Weiterbildung sowie die Qualitätssicherung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Verband finanziert sich im Wesentlichen durch Zuschüsse Dritter. Zu nennen sind insbesondere die vom Offizialat zur Verfügung gestellten kirchlichen Mittel, die vom Land an die Wohlfahrtsverbände gewährten Konzessionsabgaben (Lotteriemittel), die Landesmittel zur Förderung von Personal- und Sachausgaben in der Schwangerschaftsberatung und zur Förderung der Richtlinie Sprach-Kita, Landes- und Krankenkassenmittel für die Selbsthilfekontaktstelle und Bundesmittel für die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung.

2. Geschäftsverlauf

a) Ertragslage:

Im Berichtsjahr sind die Zuschüsse zur Geschäftsstelle um 3,24 % (VJ: +16,8 %) gestiegen. Der ausgewiesene Geschäftsstellenzuschuss aus kirchlichen Mitteln stieg um 3,5 %, Die Zuschüsse aus Lotteriemitteln für die durch die Geschäftsstelle geleistete Fachberatung (20% der Zuweisung der jährlich wiederkehrenden Raten), für die Vorhaltung der Kurberatungsstelle und für den pauschalen Verwaltungsanteil in Höhe von 5 % der Gesamtzuweisung stieg um 1,47 %.

Die Finanzierung der Geschäftsstelle über die Beiträge der korporativen Mitglieder erhöhte sich um 3,1 % (im VJ: 2,3 %). Die Umlage der Beiträge der arbeitsrechtlichen Kommission des deutschen Caritasverbandes stieg erneut um 2,7 % (+3.911 €). In den Bereichen Behindertenhilfe sowie der Sucht und Psychiatrie wurde mit den Mitgliedseinrichtungen jeweils eine Steigerung der Beiträge um 2% pro Platz für das Jahr 2023 vereinbart. Der Beitrag für die Krankenhäuser wurde pro Bett um 1,6 % erhöht.

Die Beiträge in den Bereichen Altenhilfe und Sozialstationen pro Platz blieben stabil, pro Einrichtung wurden die Beiträge um 2,7 % angepasst. Die Vorgaben zur Beitragsfestsetzung wurden entsprechend der Beitragsordnung des Verbandes umgesetzt.

Die Grundzuweisung im Bereich der Konzessionsabgabe betrug im Geschäftsjahr 1.020.633,56 €. Die zusätzliche Finanzhilfe gem. § 14 Abs. 4 und 6 Glücksspielgesetz in Höhe von 331 T€ (i. VJ 248 T€) wurde dem LCV, wie im Vorjahr, im Dezember des Jahres zugewiesen.

Die Landesmittel zur Förderung der Schwangerschaftsberatung blieben im Jahr 2023 konstant. Berechnungsgrundlage für diese Förderung sind die Tabellen der standardisierten Personalkostensätze des Niedersächsische Finanzministeriums. Aktuell werden Gespräche geführt, wie das niedersächsische Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz so modifiziert werden kann, dass eine Sockelbetragsförderung mit einem überschießenden Bedarf der Leistungserbringer auf einfachem Wege verknüpft werden kann. In § 7 nds. AG zum SchKG besteht ohnehin Novellierungsbedarf, weil hier noch die veraltete Referenzvergütungsgruppe IV b im öffentlichen Dienst genannt wird. Inwieweit der AVR Tarif hier berücksichtigt werden kann, ist klärungsbedürftig. Das Ministerium fordert von der LAG FW Vorschläge zur Novellierung des Ausführungsgesetzes.

Die planmäßigen Zuschüsse an die regionalen Dienste wurden auch im Jahr 2023 ergänzt durch Aufschläge zur Kompensation der erwarteten tariflichen Erhöhungen in Höhe von 6,5%.

Die Arbeiten am internen QM-System wurden auch im Jahr 2023 fortgeführt. Von einer Gesamtzertifizierung wird weiterhin abgesehen. Von der bisher durchgeführte AZAV Zertifizierung wurde aufgrund der Erfahrungen und Kosten der vergangenen Jahre und der nicht mehr durchgeführten Weiterbildungsangebote für die Agentur der Arbeit abgesehen. Für das Angebot im Rahmen der mit Landesmittel geförderten Sprachförderung im Bereich der Kindergärten wurde bei der AEWB (Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung) das entsprechende Gütesiegel beantragt. An den hier festgestellten Anforderungen und Anmerkungen wird gearbeitet.

An der Weiterentwicklung des QM-Handbuchs wird stetig weitergearbeitet. Für das Projekt „Zukunft einkaufen" erfolgte im September 2022 die Re- Zertifizierung. Damit ist der LCV berechtigt das Logo „Zukunft einkaufen - glaubwürdig wirtschaften im Bistum Münster" bis zur Re-Zertifizierung im Jahr 2026 zu verwenden.

Die Erstattungen und Zuweisungen stiegen um 70 T€. Ursache hierfür ist die personelle Ausweitung der EUTB in Vechta und die Tatsache, dass nach der Corona-Zeit wieder Veranstaltungen wie der Tag der Altenpflege stattfinden konnten. Ebenfalls stiegen die sonstigen betrieblichen Erträge um 4 T€.

Der Verband hat das Jahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von 233 T€ (VJ 181 T€) abgeschlossen.

Insgesamt erhöhte sich die Summe der betrieblichen Erträge um 312 T€ auf 9.662 T€. Den höheren Erträgen stehen jedoch um 358 T€ gestiegene Aufwendungen gegenüber. Folgende Gründe können für diese Entwicklung benannt werden: Für den Bereich der Fort- und Weiterbildungen entfielen 28 T€ mehr Einnahmen, allerdings fielen lediglich 2 T€ mehr Ausgaben für Dritte an.

Die Personalaufwendungen stiegen um 145 T€. Hier zeigen sich die Zusagen im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste zu zusätzlich zu berücksichtigen Kosten für Regenerationstage und Zulagen und die Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie im Juni 2023. Allerdings war auch das Jahr 2023 von vakanten Stellen im Bereich des Arbeitsrechts (bis April 2023) und der Verwaltung geprägt. Die prognostizierte Tarifsteigerung für das Jahr 2023 wurde nicht verhandelt.

Der durchschnittliche Personalbestand stieg zum Vorjahr von 30,33 Vollkräfte bzw. 38 Mitarbeiter per 31.12.2022 auf 32,08 Vollkräfte und 41 Mitarbeiter. Die durchschnittlichen Aufwendungen beliefen sich damit 2023 auf 81,28 T€ (VJ 83,82 T€) je Vollkraft.

b) Finanzlage

Die erweiterte Eigenkapitalquote (Eigenkapital inkl. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens) liegt bei 52 % (+2% zum VJ). Die Veränderung des Finanzmittelbestands im Berichtsjahr beträgt +431 T€ (VJ +310 T€). Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr +428 T€ (VJ +339 T€). Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 3 T€ (VJ -26 T€).

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist von 294 T€ auf 233 T€ gesunken. Die Abnahme resultiert aus den Abschreibungen. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die flüssigen Mittel sind im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahres von 2.936 T€ auf 3.367 T€ (ohne Treuhandvermögen) zum 31.12.2023 gestiegen. Die Kurswerte der Wertpapiere des Anlagevermögens per 31.12.2023 in Summe liegt 8,3 % unter dem Anschaffungspreis. Die im Jahr 2022 vorgenommen Wertberichtigung in Höhe von 56 T€ spiegelt in Summe den zum Jahresende dargestellten Kurswert wieder.

Aufgrund der Planabweichungen im Bereich der Personalkosten, der Fort- und Weiterbildungserlöse, und der höheren Personal-, Verwaltungskosten- und sonstigen Erstattungen konnte auch 2023 ein Überschuss erzielt werden.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Aufgrund des Zuweisungsschreibens des Offizialates für das Haushaltsjahr 2024 erwartet der Verband ein ausgeglichenes Ergebnis für das Jahr 2024. Im Haushaltsplan 2024 stehen den Erträgen in Höhe von 8.741 T€ Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber. Für 2024 werden die weitergeleiteten Mittel an die Mitgliedseinrichtungen um rd. 7,5 % steigen. Hier werden Zuschläge aufgrund der hohen Energiekosten, der Inflationsprognosen und des bereits bekannten Tarifabschlusses, der im März 2024 umgesetzt wird, für das Jahr 2024 gewährt.

V. Chancen- und Risikobericht

Corona, Ukrainekrieg, Klima- und Energiekrise, Inflation, Nahostkonflikt – die Folgen dieser Krisen setzen unsere Gesellschaft erheblich unter Druck und haben somit auch Auswirkungen auf den Gesundheits- und Sozialbereich. Der Bedarf von Beratungs- und Hilfeleistungen steigt einerseits dramatisch an während gleichzeitig die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Kassen deutlich abnehmen.

Nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts wurden zusätzliche Kürzungen und Einsparungen im Bundeshaushalt nötig. Der Sozialhaushalt sollte laut Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 um 25 Prozent gekürzt werden. Nach massiver Intervention (unter starker Beteiligung der Wohlfahrtsverbände) konnten die schlimmsten Auswirkungen bis auf Weiteres verhindert werden. Auch in den Länder- und kommunalen Finanzhaushalten sind die Mittel für soziale Aufgaben zunehmend begrenzt.

Einzelne Einrichtungen geraten zunehmend unter erheblichen wirtschaftlichen Druck. Gestiegene Inflation und deutliche Tarifsteigerungen in 2024 sind nicht durch entsprechende Erlöse gedeckt. Am deutlichsten ist dieser existenzbedrohende Druck im Bereich der Krankenhäuser wahrnehmbar. Aber auch andere Einrichtungen und Dienste sind gefährdet. Ein Schwerpunkt der Arbeit des LCV besteht daher darin, auf die Rahmenbedingungen politisch Einfluss zu nehmen sowie die Einrichtungen entsprechend zu beraten und zu begleiten.

Erschwerend wirkt sich der Fachkräftemangel insbesondere im Pflegebereich immer deutlicher aus. Nichtbesetzte Stellen führen zur Reduktionen von Platzzahlen in der stationären Altenhilfe, einem Mangel an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen oder zur Nichtbelegung von Krankenhausbetten. Diese Entwicklung ist nicht nur für Hilfesuchende problematisch, sondern verringert auch die Erlöse der Einrichtungen deutlich.

Auch die Krise und der Vertrauensverlust der katholischen und evangelischen Kirche haben weiterhin massive Auswirkungen. Als eine Konsequenz hat die katholische Kirche im Oldenburger Land mit den neuen „pastoralen Räumen" reagiert. Mit Jahresbeginn 2024 wurden die entsprechenden Kirchengemeindeverbände gegründet und somit neue Strukturen sowie Entscheidungs- und Kommunikationswege geschaffen. Die Caritas wird sich mit Ihren Angeboten in den neuen pastoralen Räumen aktiv einbringen und möchte diese auch aktiv mitgestalten.

Das Offizialat hat den LCV vorsorglich auf einen zu erwartenden starken Rückgang der Kirchensteuermittel hingewiesen. Erfreulicherweise konnte für das Haushaltsjahr 2024 aber noch eine leichte Steigerung der Kirchensteuerzuweisungen verhandelt werden. Prospektiv ist aber davon auszugehen, dass von dem Kirchensteuerrückgang auch der LCV und seine Mitgliedseinrichtungen betroffen sein werden. Insgesamt ist aber auch erkennbar, dass die Arbeit der Caritas innerhalb des BMO eine hohe Wertschätzung genießt.

Erfreulich war ebenfalls, dass die Konzessionsmittel des Landes Niedersachsen aus den Lotterieeinnahmen in 2023 durch eine fünfte Rate nochmals leicht gesteigert werden konnten.

Der Landes-Caritasverband ist somit kurz- bis mittelfristig finanziell stabil aufgestellt. Im Jahr 2022 und 2023 wurden im LCV verschiedene vakante Stellen erfolgreich nachbesetzt. Die neuen Kolleginnen und Kollegen haben sich gut integriert, so dass die Neueinstellungen ebenfalls zur Stabilität des LCV beitragen konnten.

Positiv für die weitere Entwicklung des LCV ist auch zu bewerten, dass das BMO eine Sanierung und Erweiterung des „Hauses der Caritas" am Neuen Markt in Vechta plant. Ziel ist die Schaffung von zusätzlicher Fläche, so dass das Caritas-Bildungszentrum zukünftig in Vechta entsprechende Unterrichtsräume für die Weiterbildungsmaßnahmen nutzen kann.

Die Zusammenarbeit der drei Caritasverbände auf Landesebene (CiN) wird weiterhin durch personelle Veränderungen auf Vorstandsebene der Diözesanverbände in Osnabrück und Hildesheim begleitet. Der Wechsel in der Funktion des Landessekretärs ist gelungen und die Rolle des Landessekretärs soll zukünftig gestärkt werden. Insgesamt läuft die Arbeit der drei Verbände konstruktiv und vertrauensvoll.

Eine besondere Rolle innerhalb der Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (LAG-FW) ergibt sich für den LCV im Jahr 2024. Der Vorsitz der LAG-FW liegt in diesem Jahr beim Caritasdirektor des LCV. Dadurch ergibt sich die große Chance, die Anliegen der Caritas stellvertretend für die freie Wohlfahrtspflege direkt bei den politischen Entscheidungsträgern auf Landesebene anzubringen.

Vechta, den 04.03.2024

Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V.,
Vechta

Dr. Gerhard Tepe - Caritasdirektor -	Hon.-Prof. Dr. Martin Pohlmann - stellvertretender Caritasdirektor -